

für Mitglieder und Freunde der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Hameln e. V.  
Redaktion: Hans – Georg Spangenberg

## 1. Juden und Christen – in den deutschsprachigen und anderen europäischen Ländern

- **Vor 25 Jahren nahm das Abraham-Geiger-Kolleg seinen Betrieb auf. Seitdem kann es 47 Absolventen vorweisen. Aber es gibt auch Misstöne zum Geburtstag.** Das Abraham-Geiger-Kolleg zur Ausbildung liberaler Rabbiner und Kantoren hat am 17. August sein 25-jähriges Bestehen gefeiert. In der Zeit hat man 47 Rabbinerinnen und Rabbiner sowie Kantorennen und Kantoren ausgebildet, die in Deutschland und international in liberalen jüdischen Gemeinden amtieren. Das Kolleg sprach von einer „hervorragenden Erfolgsbilanz“. Der derzeitige rabbinische Leiter, der Berliner Rabbiner Andreas Nachama, fügte hinzu, man habe durch neu eingeführte Strukturen und andere Veränderungen international verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen können.

Das Kolleg war in die Schlagzeilen geraten durch Vorwürfe gegen seinen langjährigen Leiter, Rabbiner Walter Homolka. Dabei ging es um möglichen Machtmissbrauch und weiteres Fehlverhalten. Homolka bestreitet alle Vorwürfe, ging gerichtlich gegen sie vor und zog sich von Ämtern in der jüdischen Gemeinschaft zurück. Daher musste auch eine neue Lösung für die Rabbinerausbildung gefunden werden.

Nachama äußerte sich aus Anlass des Jubiläums auch zu Spannungen zwischen dem Kolleg und dem Zentralrat der Juden in Deutschland. Dieser strebt eine Stiftung als neue Trägerin der Rabbinatsausbildung in Potsdam an. Die derzeitige „sehr erfolgreiche“ liberale Rabbinerausbildung dürfe nicht einfach mit einer vom Zentralrat geplanten Stiftung „ausgelöscht“ werden, so Nachama: „Es ist, wie es der ZdJ und die staatlichen Zuwendungsgeber gemeinsam geplant haben, geradezu grotesk und gefährlich, in heutiger Zeit zu versuchen, eine bestehende, international anerkannte und erfolgreiche liberaljüdische Institution in Deutschland grundlos zu zerstören.“

Als staatliche Geldgeber stärken das Bundesinnenministerium, das Brandenburger Ministerium für Wissenschaft und die Kultusministerkonferenz dem Zentralrat den Rücken und begrüßen das Stiftungsmodell: Die Rede ist von einem in der Vergangenheit entstandenen Vertrauensverlust in die aktuelle Trägerstruktur. Anfang 2023 hatte die Jüdische Gemeinde zu Berlin die Trägerschaft des Kollegs und auch des konservativen Zacharias-Frankel-Colleges in Potsdam übernommen, womit der Zentralrat nicht einverstanden ist.

Ein Sprecher des Zentralrats teilte der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) mit, die Stiftung, die mit drei Seminaren die Rabbiner- und Kantorenausbildung betreiben werde, werde strukturell und personell so aufgestellt sein, dass sie nicht von einer Person oder einer jüdischen Gemeinde abhängt, „sondern von der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland als Ganzes betrieben wird“. Die Stiftung werde den Namen Nathan-Peter-Levinson-Stiftung tragen und zum Wintersemester 2024/25 ihre Arbeit aufnehmen. Das Finanzministerium in Brandenburg hat laut dem Sprecher bereits grünes Licht gegeben, nun stehe noch die formelle Anerkennung der Stiftungsbehörde aus. Nach ihrer Gründung werde zwischen der Levinson-Stiftung und der Universität Potsdam ein Kooperationsvertrag geschlossen werden. (kna HG 22.08.2024)

- **Fragefelder zum Antisemitismus. Ein historischer Blick auf den Antisemitismus sensibilisiert für heutige Phänomene. Manche Denkfiguren und Argumentationen treten wieder auf. Auch wenn sich die Bedingungen verändert haben, wie der Schweizer Judaist und Jesuit Christian Rutishauser analysiert.** Um den Antisemitismus, der in Folge der israelischen Antwort auf den Überfall der Hamas vom 7. Oktober 2023 in vielen Ländern und selbst an Universitäten wieder aufkeimte, zu bekämpfen, lohnt ein Blick in die europäische Geistesgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Denn auch wenn sich Geschichte nicht einfach wiederhole, so würden sich doch „Verhaltensmuster, Denkfiguren, Argumentationen, Fragestellungen“ zeigen, die „unter geänderten Bedingungen transformiert wieder(kehren)“. So lautet die These des Judaisten, Theologen und Jesuiten Christian Rutishauser, die er in einem aktuellen Beitrag für das Portal „feinschwarz.net“ (19. August) entfaltet. Der historische

Blick sensibilisiere für die Wahrnehmung der verschiedenen Nuancen des heutigen Antisemitismus und lasse sechs „Fragefelder“ sichtbar werden, die es heute zu bearbeiten gelte, schreibt Rutishauser, der bis 2021 Provinzial der Schweizer Jesuitenprovinz war, bis 2023 an der Uni Salzburg zum jüdisch-christlichen Dialog forschte und aktuell Judaistik und Theologie an der Universität Luzern lehrt.

Diese Themenfelder betreffen den Postkolonialismus, der zum ‚kulturellen Code‘ einer links-intellektuellen, post-kolonialen Weltanschauung geworden ist. Aufgrund einer antizionistischen Haltung werde das Existenzrecht Israels bestritten. Ebenso die Frage nach einem möglichen Stellvertreter-Konflikt in Israel und Palästina: Sind es die von der Angst Getriebenen und identitär Empfindenden, die homogene Gesellschaften wollen, gegen jene, die auf moderne, plurale, liberale und dynamische Gesellschaften setzen – und zwar in allen Lagern, unter Israelis, Palästinensern, Juden und Muslimen?. Zudem werde die Frage nach den weltanschaulichen Wurzeln des modernen Antisemitismus aufgeworfen. So knüpfe die Hamas an Weltverschwörungstheorien an, deren metaphysischen und universalen Ansichten aus Europa eigentlich mit Europa in Verbindung gebracht würden. Kritische Rückfragen müssten aus philosophisch-theologischer Sicht gestellt werden: „Sind die Juden im Land der Bibel ein Fremdkörper? Welche Bedeutung hat das biblisch verheißene Land für Juden? Wie ist das Konzept des Heiligen Landes der Christen zu verstehen?“

Insgesamt zeige ein Blick in die Geistesgeschichte, dass sich ein philosophischer Antisemitismus „nicht scharf vom christlich-theologischen Antisemitismus abgrenzen“ lasse. Zum einen würden sich ethische, theologische und soziale Argumente immer wieder stark durchmischen, auch halte sich hartnäckig bis in die Philosophie der Aufklärung die Figur des „hermeneutischen Juden“ – eine christliche, gleichwohl ungeschichtliche Konstruktion eines Bildes „der“ Juden und des Staates Israel. „Von Kant über Schopenhauer bis Nietzsche sprechen alle von den Juden als ‚Lügnern‘ und nehmen lutherische Terminologie auf“, so Rutishauser.

So falle das Judentum etwa in der idealistischen Philosophie eines Hegel oder Fichte „heraus“, da es als vom Christentum „überholt“ erachtet werde. Bei Fichte gar sei erstmals von einer jüdischen „Weltverschwörung“ die Rede, infolgedessen die Juden bekämpft werden müssten. Zudem werde Jesus als „Arier konstruiert“. Nietzsche schließlich bereitete dem nationalsozialistischen Rassenwahn den Boden, indem er Juden wie Christen eine „Umwertung aller Werte“ vorwarf und von einer Rückkehr zu „natürlichen, kämpferischen, leidenschaftlichen und heroischen Werten“ sprach. Der französische Existenzialist Jean-Paul Sartre habe treffend festgehalten, dass ein Antisemit vor allem „Angst“ habe – allerdings nicht vor den Juden, sondern „vor sich selbst, vor seinem Bewusstsein, vor seiner Freiheit, vor seiner Verantwortung, vor der Einsamkeit, vor der Veränderung, vor der Gesellschaft und der Welt; vor allem, außer vor den Juden“. (kna HG 22.08.2024)

- **Der Dialog zwischen Judentum und Christentum in den Konfessionen steht im Mittelpunkt der diesjährigen Studientagung des Evangelischen Bundes.** Das Konfessionskundliche Institut Bensheim lädt vom 3. bis 5. Oktober zu dem dreitägigen Panel in Koblenz ein. Das Thema der Tagung lautet „Wie hältst du’s mit dem Judentum?“ Laut Einladung stehen Fragen des Antijudaismus und die Israel-Theologie, das Verhältnis der Kirche zum Nationalsozialismus und der aktuelle Umgang mit antijüdischen Stereotypen auf dem Programm. Dazu werden Vertreter aus der Ökumene erwartet. Aus der EKD sind Kirchenpräsident Christian Schad, der Präses der Rheinischen Landeskirche, Thorsten Latzel, und Generalsekretär Richard Janus angekündigt. (Kna HG 29.08.2024)
- **Die verfahrenere Lage bei den Verhandlungen zwischen Israel und der Hamas sowie im Land selbst kommentiert Judith Poppe für „Publik Forum“:** „[...] Netanjahu hält offenbar auch wegen des gegen ihn laufenden Korruptionsprozesses den Krieg am Laufen – daran zweifelt kaum jemand, weder in Israel noch international. Zumindest so lange, bis ihm die Umfragen einen Wahlsieg voraussagen. Er braucht die Macht, von der er sich im Falle einer Verurteilung Immunität erhofft. Für sein politisches Überleben, so scheint es, geht er buchstäblich über Leichen. Wichtig sind ihm derzeit vor allem zwei Gruppen: seine Wählerbasis und seine Koalitionspartner, unter ihnen radikalideologische Siedler, die vor zwei Jahren noch als verrückte Spinner ohne größeren Einfluss galten. Heute sitzen sie an den Schalthebeln der Macht und reden über die Besiedlung des Gazastreifens und des Südlibanon. Entscheidend für Netanjahu ist auch die anhaltende Unterstützung der ultraorthodoxen Parteien und ihrer Basis. Die Strenggläubigen, die den Militärdienst verweigern und stattdessen hauptberuflich die heiligen Schriften studieren, ziehen gerade jetzt, da wöchentlich israelische Solda-

ten im Gazastreifen fallen, den Zorn der säkularen und liberalen Israelis auf sich. Dennoch unterstützt die Koalition sie großzügig wie keine Regierung zuvor. Und wer geglaubt hatte, die Regierung würde ihre Pläne zum autoritären Staatsumbau angesichts des Ausnahmezustands vorerst auf Eis legen, wird eines Besseren belehrt: Der Kampf um den Obersten Gerichtshof geht weiter. [...] Auch bei der Polizei ist die Politisierung deutlich spürbar. [...]“ (kna HG 19.09.2024)

- **Die Universität Potsdam und die neu gegründete Nathan-Peter-Levinson-Stiftung zur Ausbildung von Rabbinerinnen und Rabbinern haben einen Kooperationsvertrag unterzeichnet.** Zugleich sagte der Geschäftsführer des Zentralrats der Juden in Deutschland, Daniel Botmann, dass es der Stiftung zum bevorstehenden Wintersemester zunächst darum gehe, den bisherigen „Bestandsstudenten“ am Standort Potsdam die Möglichkeit zu geben, ihr Studium im Rahmen der neuen Institute fortzusetzen. „Ab dem darauffolgenden Semester wird es darum gehen, neue Studierende aufzunehmen“, sagte Botman. Dabei gehe man derzeit mit Blick auf das Wintersemester von einer Zahl von etwas weniger als 20 Studierenden aus. Nach der Unterzeichnung des Kooperationsvertrags betonte er: „Dies ist ein herausragender Moment für das jüdische Leben in Deutschland.“  
Der Zentralrat hatte die Stiftung vor einigen Monaten auf den Weg gebracht. Das hat auch damit zu tun, dass er nicht damit einverstanden ist, dass die Jüdische Gemeinde zu Berlin Anfang 2023 die Trägerschaft für die bisherige Rabbiner- und Kantorenausbildung in Potsdam übernommen hat. Dazu gehören das Abraham-Geiger-Kolleg für die liberale und das Zacharias-Frankel-College für die konservative Ausbildung. Beide sind bisher An-Institute der Uni Potsdam. Der Zentralrat und die Hauptstadtgemeinde liegen deswegen und auch wegen anderer Punkte im Streit miteinander. Die Gemeinde und liberale jüdische Verbände kritisieren die Gründung der neuen Stiftung. Innerhalb der neuen Stiftung sind drei Seminare entstanden: das Regina Jonas Seminar für die liberale Rabbinerausbildung, das Abraham J. Heschel Seminar für die konservative und das Louis Lewandowski Seminar für die Kantorenausbildung. Außerdem werde die Stiftung in Forschung und Lehre eng mit der School of Jewish Theology und den Jüdischen Studien der Universität Potsdam zusammenarbeiten.  
Die Uni Potsdam beabsichtigt, auch die neue Stiftung als An-Institut anzuerkennen, also als rechtlich selbstständige Einrichtung, die eng mit der Uni verbunden ist, ohne direkt zu ihr zu gehören. Man versuche nun, in einem „konstruktiven Dialog der Komplexität Rechnung zu tragen“, sagte Universitätspräsident Oliver Günther. Das betreffe die Miet- und Raumfrage, die Frage des An-Institut-Status und der Kooperation. „Die alten Kooperationsverträge laufen derzeit noch. Man muss schauen, welche Form der Zusammenarbeit weiter möglich und sachgerecht ist.“ An-Institute aufzulösen, könne unterschiedliche Gründe haben, etwa Inaktivität. „Ein An-Institut muss einen positiven Einfluss auf unsere akademische Arbeit ausüben. Wenn das nicht mehr der Fall ist, kann der Senat darüber entscheiden, den Status abzuerkennen.“ (kna HG 19.09.2024)
- **EU besorgt über steigende religiöse Intoleranz in Europa. Kommissions-Vizepräsident Schinas spricht von einer Explosion des Antisemitismus und antimuslimischen Hasses.** Doch auch Christen werden zusehends in Europa angegriffen. Als Beispiel gelten die Olympischen Spiele in Paris. **Von Johannes Pernsteiner.** Sorge über immer mehr religiöse Intoleranz in Europa hat die Europäische Union geäußert. Bei einer Plenardebatte im EU-Parlament in Straßburg bekundeten Abgeordnete aller Fraktionen ihr Unbehagen über jüngste Entwicklungen. So sprach Kommissions-Vizepräsident Margaritis Schinas, der seine Agenden als Zuständiger für den Kampf gegen religiöse Intoleranz demnächst an seinen designierten Nachfolger, den Österreicher Magnus Brunner, übergibt, von einer Explosion des Antisemitismus wie auch vom Anstieg auch antimuslimischen Hasses in Europa. Dagegen gelte es entschieden anzugehen, sei religiöse Toleranz doch „Teilstück unserer europäischen DNA“, so der griechische Christdemokrat. „In Europa haben Juden begonnen, sich wieder zu verstecken. Das ist nicht hinnehmbar“, sagte Schinas mit Verweis auf eine Umfrage der Europäischen Grundrechteagentur unter der jüdischen Gemeinschaft. Verschärft habe sich diese Entwicklung seit dem Hamas-Angriff vom 7. Oktober 2023. Zugleich habe dieses Ereignis auch eine „Hass-Spirale“ gegen Muslime weiter befeuert, die „besorgniserregende Niveaus“ in allen Mitgliedsstaaten erreicht habe, „online als auch offline, in den Medien und in politischen Debatten“, so der Vizepräsident. Die Entwicklung stehe im klaren Widerspruch zum Europäischen Recht, verwies Schinas auf die in Artikel 10 der EU-Charta geschützte Religionsfreiheit. Dazu habe die EU-Kommission seit 2008 etliche Schritte schon gesetzt: Im Dialog mit religiösen und nicht-konfessionellen Organisationen ebenso wie durch Rahmenbeschlüsse und Aktionspläne gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, den Kodex zur Bekämpfung von

Online-Hassreden sowie das im Februar in Kraft getretene Gesetz über Digitale Dienste, laut Schinas eine „Superwaffe“. Notwendig sei es, gemeinsame Maßnahmen und Dialog zu verstärken um für Religions- und Glaubensfreiheit einzutreten, unterstrich der Vizepräsident. Das gelte nicht nur innerhalb Europas, sondern auch darüber hinaus, wofür die Kommission mit dem Belgier Franciskus Van Daele Ende 2022 einen Sonderbeauftragten ernannt habe. Auch Diskriminierung und Verfolgungen, die sich gegen Christen richteten, gelte es in den Blick zu nehmen, teile er doch auch die in diese Richtung geäußerte Besorgnis. „Ich möchte daran erinnern: Beim Christentum geht es um Toleranz und darum, dass ich den anderen liebe, nicht hasse“, so Schinas.

Christenfeindliche Vorfälle waren denn auch Inhalt zahlreicher Plenums-Wortmeldungen vor allem aus den Reihen der Christdemokraten, Konservativen so-wie der rechtspopulistischen Fraktion „Patrioten für Europa“. Etliche Abgeordnete verurteilten jene Szene der Eröffnungszeremonie der Olympischen Spiele in Paris, die nach Ansicht vieler das Letzte Abendmahl lächerlich gemacht hatte. Sorge bereite jedoch auch zunehmender Vandalismus gegen Kirchen und Friedhöfe, der in Frankreich allein 2023 zu Brandstiftungen bei mehreren Dutzend Gotteshäusern geführt habe, die Zurückweisung von Christen an Universitäten und Arbeitsplätzen oder auch das Leugnen eines christlich-jüdischen Fundaments Europas. Medienwürden darüber kaum berichten, so der Tenor. Die ungarische Fidesz-Abgeordnete Annamaria Vicsek forderte von der EU-Kommission die Einsetzung eines eigenen Koordinators für den Schutz der Christen, während Malika Sorel vom französischen Rassemblement National Europa auf einen „Religionskrieg“ zusteuern sah. Dass in etlichen Beiträgen aus dem rechten Lager die Migrationsbewegungen seit 2016 und insbesondere Muslime sowie auch linke Gruppen als Verursacher von Antisemitismus und Intoleranz gegen Christen festmachten, wurde von Abgeordneten der Fraktionen der Sozialdemokraten, Grünen und Liberalen jedoch infrage gestellt.

Religiöse Intoleranz müsse auch im Europaparlament bekämpft werden, sagte der französische Grüne-Abgeordnete Mounir Satouri, ähnlich wie die französischpalästinensische Abgeordnete Rima Hassan (Linke), die von einer „Instrumentalisierung der Islamophobie“ durch rechtsextreme Politiker sprach. Die Portugiesin Ana Catarina Mendes (Sozialdemokratie) forderte mehr interreligiösen Dialog für die „Integration jener, die in Europa einen Schutzhafen suchen“. Der Österreicher Lukas Mandl (EVP) forderte, Toleranz müsse in Europa weiterhin als ein „Verteidigen der Freiheit der anderen“ verstanden werden. Dies gelte es durch die eigene Praxis dem Rest der Welt vorzuleben. „Es ist wichtig, dass wir auf andere Kulturen und Religionen mit Achtung zugehen und im Wissen, dass die Identität Europas und auch die Aufklärung auf jüdisch-christlichen Grundfesten beruht“. Nicht übersehen dürfe die EU, dass Glaube und Religion von den allermeisten Menschen außerhalb Europas für wichtiger angesehen werde als dies heute in Europa der Fall sei.

Innerhalb der EU-Kommission übergibt der scheidende Vizepräsident Schinas die Agenden im Kampf gegen Antisemitismus und Islamophobie schon bald auf Magnus Brunner (EVP), wie aus dem am 17. September datierten Mandatsschreiben von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hervorgeht. Der designierte EU-Kommissar ist damit künftig dafür zuständig, Mitgliedsstaaten bei der Umsetzung der EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens zu unterstützen. Dasselbe gelte auch für die Bekämpfung von Hass gegen Muslime, um so die Sicherheit muslimischer Gemeinschaften zu verbessern. Auch der Dialog der EU-Kommission mit Kirchen und religiösen Vereinigungen oder Gemeinschaften sowie weltanschaulichen Gemeinschaften wurde als Aufgabe des künftigen EU-Kommissars für Inneres und Migration genannt. (kna HG 17.10.2024)

- **Der 7. Oktober 2023, der Tag des mörderischen Angriffs der Hamas-Terroristen auf Israel, hat auch in Deutschland das Leben von Jüdinnen und Juden dramatisch verändert.** Statt Solidarität mit den Opfern, darunter Hunderte gedemütigte, vergewaltigte oder ermordete Frauen, wird die Kritik an Israels militärischer Reaktion – mit wiederum Tausenden Toten – lauter. Deutschland verzeichnet einen Anstieg antisemitischer Straftaten. Die Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus sprechen für 2023 von einem Höchststand bei antisemitischen Gewalttaten und Bedrohungen. Doch wie erklären sich diese wachsenden Bedrohungen und Anfeindungen? Welcher Zusammenhang besteht zwischen israelfeindlichem Antisemitismus und pro-palästinensischen Haltungen?

Zwei Wissenschaftler der Universität Mannheim liefern nun überraschende Ergebnisse. Ihre Analyse: Das öffentliche Bild, wonach Antisemitismus vor allem in linken, jungen, palästina-

freundlichen Milieus an Universitäten und im Netz eskaliere und in Gewalt umschlage, „geht an den gesellschaftlichen Fakten vorbei“, betonen der Integrationsforscher Marc Helbling und der Demokratieforscher Richard Traunmüller. Politisch links verortete Deutsche seien demnach sogar „die am wenigsten antisemitisch eingestellte Gruppe in unserem Vergleich“. Grundlage der Mannheimer Studie „Pro-Palästina Proteste, Antizionismus und Antisemitismus in Deutschland“ ist eine seit 2012 laufende Langzeitbefragung von rund 3.500 Bürgerinnen und Bürgern zu politischen Einstellungen. Bei der Befragung im Januar 2024 ging es erstmals auch um Antisemitismus. Dabei mussten sich die Befragten beispielsweise zu den Aussagen „Die Juden haben zu viel Einfluss in der Welt“ oder „Israel behandelt die Palästinenser so, wie die Nazis die Juden behandelt haben“ verhalten. Die Position zu Palästinensern erforschten die Wissenschaftler mit der Frage nach der Zustimmung für einen palästinensischen Staat oder mit der Aussage „Die Palästinenser werden von den Israelis seit Jahrzehnten unterdrückt“.

Die Forscher sprechen von einem „deutlichen“ Antisemitismus in der deutschen Bevölkerung. So stimmt jeweils rund ein Fünftel der Befragten den Aussagen zu, wonach „Juden nur über den Holocaust sprechen, um ihre politische Agenda voranzutreiben“ und „Israel die Juden so behandelt, wie die Nazis die Juden“. Das sind erschreckend hohe Werte. Und die Wissenschaftler gehen davon aus, dass diese „klassischen“ antisemitischen Einstellungen sogar noch weiter verbreitet sind, viele Befragte sich aber scheuen, ihre Überzeugungen offen anzugeben. Bei den entsprechenden Fragen, wichen 18 Prozent auf die Antwortmöglichkeit „weiß nicht“ aus.

In der Verknüpfung von Fragen nach der politischen Einordnung Rechts, Mitte, Links sehen die Mannheimer Forscher den Antisemitismus in Deutschland vor allem rechts motiviert. Die Mannheimer Studie beschreibt zudem, dass traditioneller Antisemitismus am stärksten bei älteren Deutschen ohne Universitätsabschluss verbreitet sei. Ein Zusammenhang mit Religion wurde nicht erfragt. Dagegen führen Helbling und Traunmüller detailliert aus, dass in der deutschen Bevölkerung verbreitete pro-palästinensische Einstellungen „weitgehend frei von traditionellem Antisemitismus“ seien.

Wie dieser Befund allerdings mit zahlreichen, in Polizeistatistiken dokumentierten antisemitischen Vorfällen bei Palästina-Demonstrationen und israelfeindlichen Hetzkampagnen im Netz zusammengeht, beantworten die Forscher nicht. Ebenso wenig äußern sie sich sonst zu aktuellen Geschehnissen und Demonstrationen. Das kritisiert auch der badenwürttembergische Antisemitismus-Beauftragte Michael Blume. Er sagte der KNA, die Mannheimer Studienmacher übersahen die Rolle der digitalen, „zunehmend antisozialen Medien“: „Sowohl linke wie islamistische Antisemiten greifen jüdische und demokratische Studierende massiv über Instagram und TikTok an, inszenieren auch Demos und Camps an Universitäten gezielt fürs Internet.“ Antisemitische Drohungen gegen jüdische und Israel-solidarische Menschen häuften sich, so Blume. Im Südwesten beispielsweise in Mannheim, Heidelberg und Langenau. Blume rief die Wissenschaftler auf, bei künftigen Studien auch über die „Pro-Hamas-Radikalisierung linker und muslimischer Studierender“ auch an deutschen Universitäten aufzuklären. „Die noch immer verbreitete Kultur der Verharmlosung von israelbezogenem Antisemitismus sollte gerade auch in linken Milieus und an deutschen Hochschulen wissenschaftlich überwunden werden.“ (kna HG 24.10.2024)

- **Auch im schärfsten Konflikt noch das Gespräch suchen, selbst wenn man sich nicht einigen kann. Dass sich dieses Unterfangen dennoch lohnt, davon ist der Münchner Orientalist Stefan Jakob Wimmer (61) fest überzeugt.** Der Wissenschaftler mit einem Dokortitel der Hebräischen Universität Jerusalem und einer palästinensischen Ex-Frau sagt von sich selbst, er sitze im Nahostkonflikt nicht zwischen, sondern auf beiden Stühlen. Seit Jahren versucht er, Dialogfäden zwischen Juden und Muslimen, Israelis und Palästinensern zu knüpfen. Kürzlich ist er wieder einmal gescheitert. Nicht weil er etwa keine Antagonisten gefunden hätte, die sich mit ihm in den Ring getraut hätten, um eine öffentliche Kontroverse auszutragen. Abgesagt hatte dieses Mal die Institution, auf deren quasi neutralem Boden das Gespräch hätte stattfinden sollen, nämlich die Evangelische Stadtakademie München. „Vergiftete Debatte – versperrte Wege“, lautete das Motto für den Abend des 15. Oktober. Die Ausladung kam keine 24 Stunden zuvor. Wirklich überrascht habe ihn das nicht, sagte Wimmer der KNA. Nicht ohne bedauernd hinzuzufügen: „Wir kommen seit über einem Jahr aus dieser verheerenden Entwicklung einfach nicht raus.“

Mit über einem Jahr meint er den 7. Oktober 2023, als die Hamas Israel überfiel und mehr als 1.200 Menschen abschlachtete. Seither sind nicht nur die Kampfhandlungen im Nahen Osten eskaliert, auf Deutschlands Straßen und Plätzen stehen sich Pro-Palästina-Sympathisanten und Israel-Unterstützer unversöhnlich gegenüber. Für die Gegenseite hat man kaum ein freundliches Wort oder einen Funken Empathie übrig. Wimmer engagierte sich nach der Attacke mit seiner interreligiösen Vereinigung „Freunde Abrahams“ für ein gemeinsames Friedensgebet der Religionen in München. Was ebenfalls kurzfristig abgesagt werden musste. Und damals wie heute, so ist zu hören, gab es im Vorfeld Interventionen von Volker Beck, dem Präsidenten der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und früheren Grünen-Bundestagsabgeordneten.

Das Setting in der Evangelischen Stadtakademie versprach ein außergewöhnliches Aufeinandertreffen zweier Persönlichkeiten, die seit Jahrzehnten in München leben: Fuad Hamdan, geboren in einem palästinensischen Flüchtlingslager bei Jerusalem, Geschäftsführer des „Dritte Welt Zentrums“, und Gady Gronich, Israeli aus Tel Aviv und Geschäftsführer der Europäischen Rabbinerkonferenz. Das Münchner Stadtdekanat berief sich bei der Absage auf Äußerungen Hamdans in sozialen Medien. Der Palästinenser habe nach dem 7. Oktober Israels Premier mit Hitler verglichen und Gaza mit dem Warschauer Ghetto, den Krieg in Gaza habe Hamdan als Genozid und Holocaust bezeichnet. Auf diese „problematischen Posts“ sei man erst wenige Tage vor der Veranstaltung hingewiesen worden. Man habe sich aber nicht einer „Intervention von außen“ gebeugt, sondern aufgrund eigener Prüfung festgestellt, dass eine Debatte mit Hamdan unter diesen Umständen „nicht vertretbar mit unseren Werten und nicht förderlich für die aktuelle Situation“ sei, sagte Dekan Bernhard Liess der „Süddeutschen Zeitung“.

Aus den Reaktionen von Stadtakademie-Leiterin Barbara Hepp geht indes hervor, dass sie mit dieser Entscheidung alles andere als einverstanden war: „Geordnete Diskursräume auch und gerade für extrem unterschiedliche Positionen zu öffnen“, sei nötig, gerade nach dem 7. Oktober. Schweigen und Gesprächsabbrüche würden die Gräben noch vertiefen statt sie überwinden. Enttäuscht äußerten sich auch die verhinderten Diskutanten. Hamdan sagte, die Absage sei „undemokratisch“ und für die evangelische Kirche „mehr als peinlich“. Und er sagte, dass er zu seinen von der Kirche inkriminierten Äußerungen stehe. Gronich sprach von einer kontraproduktiven Reaktion der Kirche. Er habe sich im Wissen um Hamdans Positionen darauf eingelassen. In einer Mail an die SZ hielt Gronich fest: „Wenn wir hierzulande und auch im Nahen Osten künftig in Frieden, Freiheit und Sicherheit leben wollen, braucht es Gesprächsfäden, um gerade die jetzt so verhärteten Gegensätze zu überwinden, auch wenn man nicht immer einer Meinung ist. Wenn alle nur noch übereinander und nicht miteinander reden, ist das eine sehr gefährliche Entwicklung, gesellschaftlich, politisch sowie in der Diplomatie und im interreligiösen Dialog.“

Bei der Veranstaltung hätte es auch um einen Text Wimmers gehen sollen, den er vier Monate nach dem 7. Oktober 2023 auf seiner privaten Internetseite als Diskussionspapier veröffentlichte. Die 14 Auswirkungen in München für Schulen, Verwaltung, Gemeinden“. Er beginnt mit fünf grundsätzlichen Feststellungen zum „Israel/Palästina-Konflikt“: Dieser habe 1. zwei Seiten, sei 2. dem Wesen nach kein Religionskonflikt und 3. wie jeder Konflikt überwindbar. 4. Er könne von München aus nicht gelöst werden. „Aber wir müssen in München ein friedliches und wertschätzendes Miteinander verwirklichen.“ Und, 5. „Kritik an Israel ist nicht per se antisemitisch; sie ist aber häufiger antisemitisch, als die Kritiker oft meinen.“ Dem analytischen Teil folgen Handlungsempfehlungen, insbesondere für den interreligiösen Dialog. Deren wichtigste: Gespräche nicht abbrechen, sondern intensivieren, ohne Vorbedingung zuhören, Positionen aushalten, die nicht den eigenen entsprechen, gemeinsame Veranstaltungen fördern statt verweigern. Und Islamfeindlichkeit genauso wie Antisemitismus aufdecken, ächten und bekämpfen. Der Text schließt mit einem emphatischen Zitat der Shoah Überlebenden Margot Friedländer (102): „Es gibt kein christliches, muslimisches, jüdisches Blut, nur menschliches. Seid Menschen!“ Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, hat Wimmer bereits seine Anerkennung dafür ausgesprochen. Einige Sätze aus Schusters Stellungnahme sind auf Wimmers Internetseite zitiert. Nicht zuletzt solche Reaktionen sind es, die den Orientalisten zum Weitermachen bewegen. (kna HG 31.10.2024)

- **Zur Debatte um Antisemitismus (nicht nur) in Berlin schreibt Michael Clasen in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“:** „Was die Berliner Polizeipräsidentin sagt, hat es in sich, weil es so gar nicht in das politisch korrekte Weltbild von Multi-Kulti und Merkels Willkommens-

kultur passt. Es gleicht einer Bankrotterklärung. Die Polizeichefin vermeidet es zwar, von No-go-Areas zu sprechen, also von Stadtteilen, die bei Betreten lebensgefährlich sind. Doch sie warnt ausdrücklich Juden, Schwule und Lesben vor bestimmten Berliner Bezirken, weil ihnen dort offene Anfeindungen drohen. Als Täter wolle sie aber keine Gruppe ‚diffamieren‘, sagt die Polizeichefin, doch es gebe bestimmte Quartiere, in denen mehrheitlich arabischstämmige Menschen wohnen, die auch Sympathien für Terrorgruppen hegen“. Was die Berliner Polizeipräsidentin öffentlich ausspricht, ist eigentlich nichts Neues. Jeder, der nicht in einer linken-woken Blase lebt, weiß, dass sich in Deutschland seit der Politik der offenen Grenzen auch einiges zum Schlechteren verändert hat. Nur laut aussprechen trauen sich nicht viele, dass es bei Migration und Integration teilweise massive Probleme gibt, vor allem bei etlichen Männern aus radikal-islamisch geprägten Kulturkreisen. Warum? Weil viele Bürger Angst haben, als Neonazi, Ausländerfeind, Rassist oder islamophob beschimpft zu werden. Womit eine Hauptursache der Misere benannt ist: Das Wegschauen der Mehrheitsgesellschaft, die die Probleme in bestimmten Milieus ignoriert. [...] Es darf jedoch keine Toleranz der Intoleranz geben. Das muss endlich der Leitgedanke bei Integration und Migration werden.“ (kna HG 21.11.2024)

- **Zur Resolution des Bundestages gegen Antisemitismus schrieb Tobias Kühn für die „Jüdische Allgemeine“:** „[...] Union, SPD, Grüne, FDP und AfD stimmten der Resolution zu. Die Linke enthielt sich, das BSW votierte dagegen. Dass die AfD zustimmte, verwundert wenig, stellt doch die Resolution einen Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Antisemitismus her. Ebenso wenig verwundert es, dass das Bündnis der Linkspopulistin Sahra Wagenknecht die Resolution ablehnte. Das Abstimmungsverhalten zeigt, dass der israelbezogene und anti-imperialistische Antisemitismus anscheinend Teil der Identität des BSW ist – immer wieder auch mit einem Hang zu Verschwörungserzählungen. [...] Da konnte Sevim Dağdelen, Sprecherin für Außenpolitik der Gruppe BSW, [...] noch so sehr behaupten, der Schutz jüdischen Lebens in Deutschland hatte zentrale Bedeutung für ihre Partei – das nimmt dem BSW niemand ab. Im Gegenteil: Parteichefin Sahra Wagenknecht spaltet die Gesellschaft. Sie geriert sich als Anwältin der vermeintlich Zu-kurz-Gekommenen, schürt Neid und Hass. Mit ihrer anti-amerikanischen Grundhaltung und dem Geraune von ‚übermächtigen Finanzkonzernen‘ fordern Wagenknecht und ihr vermeintlich rotes Bündnis als dunkelbrauner Humus die Verbreitung von Judenhass. (kna HG 21.11.2024)
- **Im zweiten Anlauf sollten ein Palästina-Aktivist und ein jüdischer Israeli am 25. November in München gemeinsam ein öffentliches Podiumsgespräch bestreiten. Das gelang nur eine Halbzeit lang. Fehlschlag oder Teilerfolg? Von Christoph Renzikowski.** Vielleicht ist es schon die größte Errungenschaft, dass die Veranstaltung überhaupt stattgefunden hat und niemand zu Schaden kam: Unter dem Motto „Vergiftete Debatte – versperrte Wege“ war bereits am 15. Oktober in der Evangelischen Stadtakademie in München ein Aufeinandertreffen des Palästina-Aktivisten Fuad Hamdan mit dem Geschäftsführer der Europäischen Rabbinerkonferenz, Gady Gronich, zu einem kontroversen Gespräch geplant. Beide leben schon lange hier. Gegen den erklärten Willen der Akademieleitung und aller Eingeladenen sagte das Evangelische Stadtdekanat die Veranstaltung kurzfristig ab. Nun, sechs Wochen später, fand sich doch noch ein anderer Raum – ein städtisches Bürgerzentrum. Als Veranstalter fungierte der Rechtsanwalt und frühere FDP-Bundestagsabgeordnete Hildebrecht Braun. Ansonsten war das Format unverändert. Widerstände hatte es dem Vernehmen nach auch dieses Mal gegeben. In der Münchner „Abendzeitung“ stand am selben Tag zu lesen, die Stadt habe erwogen, die Podiumsdiskussion zu verhindern, aber offenbar keine juristische Handhabe dafür gesehen.

Erneut sah sich der Vertreter der palästinensischen Seite mit Vorwürfen konfrontiert, er habe mit Äußerungen zum Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 Grenzen des Sagbaren überschritten, die ihn als Gesprächspartner disqualifizierten. Dass er auch Mitgründer einer palästinensisch-jüdischen Dialoggruppe in München ist, blieb unerwähnt. Der Münchner Orientalist Stefan Jakob Wimmer, als sozusagen neutraler Experte mit Sympathien und Verständnis für beide Seiten, war als Dritter im Bunde am Tisch platziert. Auch er zeigte sich davon überrascht, dass das von ihm maßgeblich mit eingefädelt Gespräch tatsächlich beginnen konnte, in einem überfüllten Saal. Wimmer versucht mit seiner interreligiösen Gesellschaft „Freunde Abrahams“ seit Jahren, Fäden zwischen Muslimen, Christen und Juden, zwischen Israelis und Palästinensern zu knüpfen. Dafür überhaupt geeignete Partner zu finden, ist schon schwer genug, schier unmöglich seit der jüngsten Gewalt-Eskalation im Nahen Osten. Im aktuellen Fall war es aber gelungen. Das Ziel bestand aus seiner Sicht vorrangig darin, einander zuzuhören und sich von der anderen Seite etwas sagen zu lassen,

auch wenn es schwer auszuhalten ist. Gronich und Hamdan hatten sich darauf eingelassen. Von einer echten Begegnung zu sprechen, wäre aber übertrieben angesichts dessen, was dann passierte. Eine persönliche Begrüßung vermieden sie ebenso wie weitere Blickkontakte oder die namentliche Ansprache des Anderen. In ihren Statements verharrten sie weitgehend im Modus von Angriff und Verteidigung, eine Verständigung selbst über grundsätzliche Fakten war kaum zu erzielen. Beide benutzten den Genozid-Vorwurf und sprachen zugleich der anderen Seite das Recht ab, diesen Begriff zu verwenden. Mit jeder Rede und Gegenrede wurde der Ton rauer. Wegen der auch physikalisch dicken Luft im Saal unterbrach Braun für eine Pause.

Gronich, der von Sicherheitsleuten begleitet war, kehrte danach nicht mehr auf seinen Platz zurück. Das Publikum wurde davon unterrichtet, der jüdische Vertreter sei wegen der „aufgeheizten Stimmung“ von seinen Begleitern dazu gedrängt worden. Tatsächlich hatte der Geschäftsführer der Europäischen Rabbinerkonferenz auf seine letzten Wortbeiträge mehrere Zwischen- und auch Buhrufe kassiert. Wimmer sah dadurch nicht nur seine Absichten torpediert. Mit dem Ausscheiden Gronichs war auch die ganze Konstellation so verändert, dass er selbst in einer Fortsetzung keinen Sinn mehr sah und Hildebrecht Braun einen Abbruch nahelegte. Währenddessen hatte sich schon eine längere Schlange vor dem einzigen Saalmikrofon gebildet. Dem damit verbundenen Redebedarf im Publikum wollte der Veranstalter nun dennoch nachkommen. Und da brach sich einiger Frust Bahn. Ein Stadtrat der Linken äußerte sich enttäuscht über das Gesprächsklima in München. Eine Kollegin der Grünen, gebürtige Kurdin, tat kund: „Wenn ich mal was Solidarisches zu den Palästinensern sage, werde ich fast gesteinigt in meiner Partei.“ Fast schon flehentlich rief sie dazu auf, die Palästinenser nicht mit der Hamas gleichzusetzen. Und das von deutscher Staatsräson gebotene Bekenntnis zum Existenzrecht Israels nicht mit bedingungsloser Unterstützung seiner jeweiligen Regierung.

Mehrere Vertreter der in München wohnhaften Palästinenser vermissten, dass der Oberbürgermeister ihrer Stadt sich seit dem 7. Oktober 2023 noch kein einziges Mal nach ihrem Befinden erkundigt habe. Ein älterer Herr sagte, er habe vor 50 Jahren in der bayerischen Landeshauptstadt eine ganz andere Streitkultur erlebt, und bezog darin ausdrücklich die Israelitische Kultusgemeinde ein. „Suchen wir Wege, aus diesem Scheiß herauszukommen.“ Einer äußerte den Wunsch nach einer Nachfolgeveranstaltung, „wo wir wirklich über Zusammenhalt reden“. Was lässt sich festhalten? Man ist einander nicht an die Kehle gegangen. Möglicherweise ist schon das nicht geringzuschätzen in diesen explosiven Zeiten. Eine gute Stunde immerhin ertrugen beide Seiten, was sie da zu hören bekamen, anstatt nur in ihrer jeweiligen Solidaritätsblase zu verharren. Zu einer echten Verständigung ist der Weg aber noch weit: nicht nur in dem Land, das die einen Israel und die anderen Palästina nennen – auch in München. (kna HG 28.11.2024)

- **Juden in Deutschland fühlen sich unsicherer seit dem Angriff der Hamas in Israel vor gut einem Jahr. Das macht sich im Alltag bemerkbar, wie ein Barometer über das Befinden von Juden in Deutschland zeigt. Auf der anderen Seite bleibt die Nähe zur Religion und der Gemeinde groß. Von Anna Mertens.** Der Terrorangriff der Hamas hat Vieles verändert. Für die Menschen im Nahen Osten, aber auch für jüdische Mitbürger in Deutschland. Diese, so sagt die weite Mehrheit – konkret 76 Prozent – fühlen sich an ihrem Wohnort unsicherer als zuvor. Besonders ausgeprägt ist das Gefühl bei Jüngeren zwischen 16 und 29 Jahren. Oder wie der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, es formuliert: „Das Sicherheitsgefühl vieler Jüdinnen und Juden hat sich seither eklatant verschlechtert“. Zugleich hätten die Bedenken über zunehmenden Antisemitismus, Anfeindungen und mangelnde Solidarität in der Gesellschaft massiv zugenommen. Beides schreibt Schuster im jüngst veröffentlichten Gemeindebarometer 2024. Das Barometer, das die allgemeine Stimmungslage der Juden in Deutschland widerspiegeln soll, hat der Rat in Zusammenarbeit mit dem Institut für angewandte Sozialwissenschaft (infas) zum zweiten Mal anfertigen lassen. Befragt wurden 2.574 Personen zwischen Ende Dezember 2023 und März 2024. Angesprochen waren nicht nur Mitglieder von Gemeinden, sondern auch ehemalige Mitglieder sowie Jüdinnen und Juden, die noch nie einer Gemeinde angehört haben. 70 Prozent der Befragten haben einen akademischen Hintergrund, bei ehemaligen Mitgliedern sogar 80 Prozent. Die meisten Befragten gaben zudem an, Vollzeit berufstätig zu sein. Das sinkende Sicherheitsgefühl beeinflusst das Alltagsleben jüdischer Mitbürger. So gaben mehr Befragte als 2019 an, dass ihr Sicherheitsempfinden bei jüdischen Veranstaltungen oder auf dem Weg dahin abgenommen habe. Mehr als ein Drittel besucht Veranstaltungen seltener. Auch hier waren es eher jüngere Personen und Familien, die sich gegen eine Teilnahme

entschieden. Die Angst vor Anfeindungen, Übergriffen oder gar Anschlägen nimmt zu. Andererseits ist für viele die Gemeinde ein Ort der Gemeinschaft und auch Sicherheit.

Die Verbindung zur jüdischen Identität bleibt über alle Altersgruppen hinweg stark, wie die Befragung weiter zeigt. 96 Prozent sagen, dass das Judentum wichtig oder sogar sehr wichtig für die eigene Identität sei. Und diese Position nimmt mit dem Alter zu. Als zentral gelten hier die jüdische Kultur, vor allem bei den Jüngeren, wie auch Religion. Wobei sich jeder Vierte als traditionell jüdisch bezeichnet und gut jeder Fünfte als liberal oder reform-jüdisch. 15 Prozent sagen, sie seien jüdisch-orthodox. Die meisten Orthodoxen sind in der Altersgruppe der 30- bis 49-Jährigen zu finden, die wenigsten bei den über 60-Jährigen.

Hinsichtlich der religiösen Praxis lebt dennoch die Mehrheit eher oder ganz säkular. 62 Prozent bei Mitgliedern der Gemeinden, 73 Prozent beziehungsweise 77 Prozent bei ehemaligen Mitgliedern und Nichtmitgliedern. Bei Juden, die sich als orthodox bezeichnen, lebt eigenen Angaben zufolge jeder Zweite religiös oder eher religiös und observant. Wer Mitglied in einer Gemeinde ist, nutzt laut deren Angebote. Und selbst unter Nicht- und Ex-Mitgliedern stoßen Angebote jüdischer Gemeinden auf Interesse. Das gilt vor allem, aber nicht nur, für die jüdischen Feiertage. Für viele ehemalige wie auch Nichtmitglieder sei ein Wiedereintritt denkbar, aber nur unter bestimmten Bedingungen. Hier stehen mehr Pluralismus und eine bessere Willkommenskultur ganz oben auf der Wunschliste. Als Austrittsgründe wurden vor allem Probleme mit der Gemeindeführung, ein Umzug oder mangelndes Angebot für die jeweilige Zielgruppe genannt. Wer über einen Austritt nachdenkt, darunter eher Jüngere, findet sich oft in der Gemeinde mit den eigenen Bedürfnissen nicht wieder.

Ein eigenes Kapitel widmet das Barometer dem Staat Israel. Die Rolle Israels kommt bei den Befragten direkt nach Kultur und Religion, wenn es um die Bedeutung des Judentums allgemeiner geht. „Die Bedeutung zu jüdischer Kultur und Religion schafft einen Raum der Gemeinsamkeit und Sicherheit; dazu zählt auch die Verbindung zum Staat Israel“, so Schuster. Eine weite Mehrheit unterstützt Israel und hält den Staat für sehr wichtig für die jüdische Gemeinschaft in Deutschland sowie das Fortbestehen jüdischen Lebens in Europa. Neun von zehn Befragten waren bereits in Israel und knapp zwei Drittel bezeichnen die Aufenthalte dort als wesentlich für das Erkunden der eigenen Identität. Einem Drittel der Befragten fällt es indes schwer, Israel bedingungslos zu unterstützen. Für den Zentralratspräsidenten ein Anstoß für die eigene Arbeit. Der Zentralrat fühle sich in seinem Weg gestärkt, sich „konsequent gegen die Dämonisierung Israels auf deutschen Straßen und das zunehmend negative Israel-Bild in der deutschen Öffentlichkeit einzusetzen“, kommentiert Präsident Schuster die Umfrageergebnisse. Das zahlt sich offenbar aus: Die Zufriedenheit mit dem Zentralrat hat sich seit der letzten Befragung erhöht. Drei von Vieren fühlen sich politisch gut vertreten. (kna HG 05.12.2024)

## **2. Aus der jüdischen Welt – Israel**

- **Im Streit um Die Situation Israels im Nahost-Konflikt kommentiert Constantin Wißmann in „Publik Forum“:** „Für Israel geht es auch 76 Jahre nach seiner Unabhängigkeit um die schiere Existenz. Ob aus Gaza im Westen, dem Jemen im Süden, dem Libanon im Norden oder Iran im Osten: Aus allen Himmelsrichtungen drohen staatliche und nicht staatliche Akteure Israel permanent nicht nur mit Attacken, sondern mit der Auslöschung. Der 7. Oktober hat das in aller grausamen Deutlichkeit gezeigt. Das ist die Lage, mit der Israel umgehen muss. [...] Die Bedrohung von außen verstärkt sich noch durch die von innen. Israel ist ein tief gespaltenes Land. Radikale Siedler unterscheiden sich in ihrer Rhetorik gegenüber Palästinensern kaum von jener der Hamas. Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir ist ihr mächtiger Verbündeter in der Regierung. [...] Die Tragik des Landes ist, dass im permanenten Kampf um sein Leben nun Kräfte an die Macht gekommen sind, die es wahrscheinlicher machen, dass nicht nur Israel, sondern der komplette Nahe Osten in einem langen, mörderischen Krieg versinkt.“ (kna HG 08.08.2024)
- **Zum selben Thema schreibt Till Magnus Steiner in der „Kirchenzeitung für das Erzbistum Köln“:** „In Israel stockt der Atem der Zeit: Der 7. Oktober endet seit über 300 Tagen nicht, und die hereinbrechende Nacht wird finsterner. Ein Ende des Krieges im Gaza-Streifen ist nicht in Sicht. Die Kämpfe zwischen der Hisbollah und Israel eskalieren. Weiterhin sind vermutlich noch 120 lebende, von palästinensischen Terroristen an diesem blutigen Tag

verschleppte Männer, Frauen und Kinder als Geisel im Gaza-Streifen gefangen.[...] Es fehlen im Heiligen Land Visionen für den Anbruch eines neuen Tages. Der Architekt für einen solchen hoffnungsvollen neuen Morgen ist weder der im Gaza-Streifen entscheidende palästinensische Terrorist Yahya Sinwar noch der in Israel umstrittene Ministerpräsident Benjamin Netanyahu, sondern der scheidende, von vielen nur noch belächelte US-Präsident Joe Biden. Sein militärisches und diplomatisches Handeln hat in den vergangenen Monaten effektiv eine Eskalation des Konflikts zwischen dem Iran und Israel verhindert und zugleich zur Eindämmung der humanitären Krise im Gaza-Streifen beigetragen. Er, der gläubige Katholik, der sich selbst als Zionist bezeichnet, glaubt in der Finsternis des nicht endenden 7. Oktobers trotz allem an einen neuen Morgen, an dem arabische Staaten zusammen mit den Israelis und den Palästinensern eine Gegenwelt zur herrschenden Gewalt bewirken können. [...] (kna HG 08.08.2024)

- **Einen Paradigmenwechsel in Israel konstatiert Christian Ultsch für „Die Presse“ in Österreich:** „Am 6. Oktober 2023 sah die Welt im Nahen Osten anders aus. Zwischen Israel und Saudi Arabien bahnte sich damals eine Normalisierung an, die nach den drei Jahre zuvor abgeschlossenen Abraham-Abkommen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain und Marokko womöglich eine neue Ära der Zusammenarbeit eingeläutet hätte. Mit ihrem bestialischen Terrorüberfall auf Israel am 7. Oktober hat die vom Iran unterstützte Terrororganisation Hamas diese Entwicklung hintertrieben und die Region in den Abgrund gestürzt, insbesondere ihre eigenen palästinensischen Landsleute in Gaza. Das größte Pogrom seit 1945 hat für den jüdischen Staat alles verändert. Die Israelis glaubten bis zur Massenschlächterei der Hamas auf ihrem eigenen Territorium, ihre Sicherheit dank militärischer und technologischer Überlegenheit unter Kontrolle zu haben. Sie lebten in der Illusion, die Gefahren, die von der Hamas, dem Iran und den libanesischen Hisbollah-Milizen ausgingen, eindämmen zu können. Der 7. Oktober markiert einen Paradigmenwechsel: Seither versucht Israel, seine Feinde nicht nur in Schach zu halten, sondern systematisch auszuschalten. [...]“ (kna HG 10.10.2024)
- **Vorschlag: Konföderation statt Zwei-Staaten-Lösung? (von Roland Juchem) (...)** Dafür aber sehen Fachleute in Nahost zunehmend weniger Chancen. So sprachen sich zwei israelische Wissenschaftler gegen eine Zwei-Staaten-Lösung im Nahostkonflikt aus. In einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ bezeichnete der jüdisch-israelische Philosoph Omri Boehm dieses Konzept aus dem Oslo-Friedensprozess von 1993 als „Desaster“ und „faulen Kompromiss“. Die palästinensisch-israelische Jerusalemer Politikwissenschaftlerin Rula Hardal ergänzte, die Zwei-Staaten-Lösung beruhe auf dem Konzept der Trennung beider Völker. „Aber das ist nicht nur unmoralisch, sondern auch nicht realistisch.“ Dafür sei das Leben von Juden und Palästinensern zwischen Jordan und Mittelmeer viel zu eng verflochten. Hardal leitet die israelisch-palästinensische Organisation „A Land for All“. Beide werben stattdessen für einen neuen Ansatz. „Wir stellen uns eine Art Föderation vor“, so Hardal. Dafür müssten beide Seiten einen Teil ihrer Souveränität abgeben und sich über eine gemeinsame Verfassung verbinden, erläuterte Boehm. „Diese Verfassung muss für das gesamte Gebiet regeln, welche Gesetze legal sind und welche beispielsweise den Menschenrechten widersprechen oder dem Recht auf Bewegungsfreiheit.“ Der Philosoph wies darauf hin, dass mehr als 20 Prozent der Bevölkerung Israels Palästinenser seien. Es gelte, die „katastrophale Logik“ zu durchbrechen, wonach nur entweder die einen oder die anderen bleiben könnten. Hardal sagte, die meisten Palästinenser wünschten sich eine demokratische, säkulare und liberale Gesellschaft. Politiker der Fatah könnten sich eine Konföderation gut vorstellen. Wie die Idee bei der Hamas gesehen werde, wisse sie nicht, „ich rede nicht mit ihnen“. Das könne sich aber ändern, wenn der Krieg vorbei sei. Hardal hält es für wahrscheinlich, dass sich die Hamas ähnlich wie Fatah und PLO von einer terroristischen zu einer politischen Organisation wandelt.

Zwischen vielen Stühlen sitzen derweil die Christen in Nahost. Mehrfach erhoben Kirchenführer ihre Stimme. Der derzeit herrschende Krieg sei ein Wendepunkt sagte etwa der Lateinische Patriarch von Jerusalem, Kardinal Pierbattista Pizzaballa, im Interview mit der KNA. „Wir brauchen eine neue politische und religiöse Führung, die in der Lage ist, eine neue Sprache zu sprechen.“ Ohne diese Veränderungen ließen sich nicht neue Perspektiven schaffen. Grundvoraussetzung sei zunächst ein Ende des Krieges, so der italienische Franziskaner weiter. Die Entscheidung dafür müsse auf politischer Ebene getroffen werden. Allerdings habe der Nahe Osten „eine sehr komplexe Realität“. Er brauche Menschen von außen, um den Horizont zu weiten, anstatt lange bestehende und durch den Krieg besonders sichtbar gewordene Spaltungen zu vertiefen.

Als einen solchen Beitrag schrieb Papst Franziskus den Christen der Region einen Brief zum Jahrestag des Terrorangriffs. Der 7. Oktober 2023 sei ein „trauriger Tag“. „Vor einem Jahr wurde die Lunte des Hasses angezündet; sie wurde nicht gelöscht, sondern ist in einer Spirale der Gewalt explodiert“, heißt es in dem Brief. Weiter beklagt der Papst „die schändliche Unfähigkeit der internationalen Gemeinschaft und der mächtigsten Länder, die Waffen zum Schweigen zu bringen und die Tragödie des Krieges zu beenden. Weiter werden Blut und Tränen vergossen. Die Wut wächst, und mit ihr der Wunsch nach Rache.“ Er danke daher allen Christen, die dennoch im Heiligen Land ausharren: „Ihr lasst euch nicht von der Dunkelheit verschlingen, die euch umgibt, sondern ihr werdet im Heiligen Land zu Keimen der Hoffnung, weil das Licht des Glaubens euch dazu bringt, von der Liebe Zeugnis zu geben, während andere vom Hass sprechen.“ Ausdrücklich betont er seine Verbundenheit mit den Menschen im Gazastreifen, für die er täglich bete. „Ich bin allen nahe, die ihr Zuhause verlassen müssen und herumirren, um den Bomben zu entfliehen.“ Israel und den Libanon erwähnt der Papst nicht explizit, schreibt aber an einer Stelle: „Ich bin bei euch, die ihr Angst habt, die Augen zum Himmel zu erheben, von wo Feuer herabregnet.“ Weiter betont der Papst: „Ich bin bei euch, die ihr nach Frieden und Gerechtigkeit dürstet und euch nicht der Logik des Bösen ergebt, sondern im Namen Jesu eure Feinde liebt und denen Gutes tut, die euch hassen.“ (kna HG 10.10.2024)

### 3. Personen

- **Oz Ben David, jüdischer Unternehmer, und sein muslimischer Partner Jalil Dabit** erhalten den diesjährigen Moses-Mendelsohn-Preis des Landes Berlin. Das Berliner Restaurant der beiden Gastronomen aus Israel in Prenzlauer-Berg war vor rund zwei Wochen von Unbekannten verwüstet worden (kna HG 08.08.2024)
- **Yaron Sideman** wird Israels neuer Botschafter beim Heiligen Stuhl und damit Nachfolger von **Raphael Schutz** (Foto), der die Aufgabe seit 2021 innehatte, wie das jüdisch-italienische Nachrichtenportal „Moked“ berichtete. Schutz (66) hatte sich von Papst Franziskus verabschiedet. Sideman war zuletzt Generalkonsul Israels in USA. (kna HG 08.08.2024)
- **Hans-Joachim Watzke** (65), Geschäftsführer des Fußball-Bundesligisten Borussia Dortmund, erhält den diesjährigen Leo-Baeck-Preis. Er bekommt die höchste Auszeichnung des Zentralrats der Juden in Deutschland für seinen langjährigen Einsatz gegen Antisemitismus. Damit nehme er eine Vorreiterrolle im Fußball ein, so der Zentralrat. (kna HG 08.08.2024)
- **Charlotte Knobloch (91), Holocaust-Überlebende und ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland**, wird Gastprofessorin in Düsseldorf. Im Wintersemester soll sie an zwei Tagen im größten Hörsaal der Heinrich-Heine-Universität sprechen. Knoblochs Vorlesungen am 31. Oktober und am 11. Februar stehen unter der Überschrift „In Deutschland angekommen?“ (kna HG 19.09.2024)
- **Andreas Brämer** (60), Historiker und Judaist, wird neuer Leiter der Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg. Brämer hat in Heidelberg und Jerusalem studiert und war zuletzt Vizerektor des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden in Hamburg. Er löst im Oktober **Werner Arnold** (71) ab, der in den Ruhestand geht. Arnold leitete die in der Heidelberger Altstadt gelegene Hochschule vier Jahre lang. (kna HG 19.09.2024)
- **David Grossman** (70), israelischer Schriftsteller und Friedensaktivist, bekommt den diesjährigen Marion-Dönhoff-Preis für internationale Verständigung und Versöhnung. Er werde für seinen unermüdlichen Einsatz im Nahostkonflikt für die Versöhnung zwischen Israelis und Palästinensern ausgezeichnet, teilte die „Zeit“-Verlagsgruppe mit. Der Förderpreis geht an die internationale Hilfsorganisation World Central Kitchen. (kna HG 19.09.2024)
- **Rabbiner David Josef (67)** ist neuer sephardischer Oberrabbiner Israels. Josef folgt auf seinen älteren Bruder Jitzchak sowie seinen Vater Ovadia, das 2013 gestorbene geistliche Oberhaupt der strengreligiös-jüdischen Schas-Partei. Oberrabbiner werden für eine Amtszeit von zehn Jahren gewählt. (kna HG 02.10.2024)

- **Dana Vowinckel (28)** hat den „Buchpreis Familienroman 2024“ der Stiftung Ravensburger Verlag gewonnen. Vowinckels Debütroman „Gewässer im Ziplock“ zeichne ein vielstimmiges Porträt einer jüdischen Familie zwischen Deutschland, USA und Israel und sei zugleich ein eindringliches Porträt der jungen Protagonistin, teilte die Stiftung mit. Der Roman hat bereits mehrere Literaturpreise gewonnen. (kna HG 02.10.2024)
- **Yehuda Bauer**, israelischer Historiker, ist am 18. Oktober mit 98 Jahren in Jerusalem gestorben, wie die International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) mitteilte. Bauer galt als einer der bekanntesten Holocaust-Forscher der Welt. Von 1996 bis 2000 leitete er das internationale Zentrum für Holocaust-Studien an der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem. Er veröffentlichte über 40 Bücher über den Holocaust und Antisemitismus. (kna HG 24.10.2024)
- **Margot Friedländer (102)**, Holocaust-Überlebende und Autorin, erhält den diesjährigen Preis für Verständigung und Toleranz. Das teilte das Jüdische Museum Berlin in Berlin mit. Zusammen mit Friedländer wird die französische Rabbinerin und Schriftstellerin **Delphine Horvilleur** ausgezeichnet. Horvilleur ist außerdem Gründungsmitglied des Rates der französischsprachigen liberalen Rabbiner und Chefredakteurin der Online-Zeitschrift für jüdische Sichtweisen TENOU'A. (kna HG 24.10.2024)
- **Christian Streich (59)**, Ex-Fußballtrainer, bekommt den Memminger Freiheitspreis 1525. Der langjährige Coach des SC Freiburg zeichne sich durch ein Eintreten gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung aus, sagte Memmingens Oberbürgermeister Jan Rothenbacher (SPD). (kna HG 24.10.2024)
- **Brigitte Zypries (70, SPD)**, ehemalige Wirtschafts- und Justizministerin, erhält die Ehrenmedaille des israelischen Präsidenten Isaac Herzog. Gemeinsam mit Zypries würdigt das israelische Staatsoberhaupt sieben weitere „Schlüsselfiguren, die sich weltweit für das Wohlergehen Israels und des jüdischen Volkes einsetzen“, teilte das Präsidialamt mit. Die Auszeichnung gelte ihrem unerschütterlichen Engagement für Israel und ihrer außergewöhnlichen Unterstützung des jüdischen Volkes. (kna HG 07.11.2024)
- **Clara von Nathusius (28)**, Urenkelin eines NS-Widerstandskämpfers, erhält den „Preis für Zivilcourage und gegen Antisemitismus, Rechtsradikalismus und Rassismus“. Der Förderkreis des Denkmals für die ermordeten Juden Europas und die Jüdische Gemeinde zu Berlin zeichnen die Mitgründerin von „Fridays for Israel“ aus, weil sie auf eindrucksvolle Weise gezeigt habe, „wie viel Wirkung einzelne Personen in unserer Gesellschaft“ haben konnten. (kna HG 21.11.2024)

#### 4. Bücher

- **Wie Europa schon im Mittelalter antisemitisch wurde. Rassischer Antisemitismus sei ein Phänomen aus dem 19. Jahrhundert, heißt es. Der Antijudaismus im Mittelalter sei dagegen religiös begründet. Nein, so einfach sei das nicht gewesen, sagt ein US-Historiker. Artikel von Christiane Laudage.**

Kann man bereits von Antisemitismus sprechen, wenn es um das Verhältnis zu den Juden im Mittelalter geht? Normalerweise ist das streng verpönt, da der Begriff Antisemitismus erst in den 1870er Jahren entstand und eine rassistische Bedeutung trägt. Für das Mittelalter sei der Begriff Anti-Judaismus besser, weil die Feindschaft der Christen zu den Juden religiös konnotiert gewesen wäre, so die gängige Meinung in der Wissenschaft. Da ist allerdings einiges in den letzten Jahren in Bewegung geraten.

Ivan G. Marcus ist Professor für Jüdische Geschichte an der renommierten US-amerikanischen Yale University. Er hat das Zusammenleben von Christen und Juden in seinem jüngst erschienenen, bislang nur auf Englisch erhältlichen Buch „How the West became antisemitic. Jews and the formation of Europe, 800–1500“ (Wie der Westen antisemitisch wurde. Juden und die Entstehung Europas, 800–1500) grundsätzlich neu interpretiert.

Selbstbewusste Juden forderten Europa heraus. Zusammengefasst versteht der Autor sein Werk als Untersuchung, „wie die Juden, real und imaginiert, die christliche Mehrheitsgesellschaft im mittelalterlichen Europa so herausforderten, dass Europa zu einer Gesellschaft wurde, die religiös und kulturell auf eine neue Weise antisemitisch war.“ Dieses neue europäische Selbstverständnis sei dann Teil der kulturellen Identität geblieben bis zur Zeit des Holocaust und noch danach, so Ivan Marcus. Prinzipiell stellt der Mittelalterhistoriker fest, die Geschichte Europas zu dieser Zeit sei so geschrieben worden, als ob Juden im christlichen Europa auf dem Mond statt in den kleinen Städten Nordfrankreichs, Englands oder Deutschlands lebten. Seiner Meinung nach neigten Historiker, die sich nicht intensiv mit jüdischer Geschichte beschäftigten, dazu, Juden als in Ghettos isolierte, passive Opfer von Verfolgung zu sehen, falls sie diese überhaupt zur Kenntnis nähmen. Das Gegenteil sei der Fall gewesen: Juden wären durchsetzungsfähige Handelnde gewesen. So hätten Juden die Christen als fehlgeleitete Anhänger ihrer überlieferten Bräuche akzeptiert, das Christentum aber als Götzendienst betrachtet. Christen hingegen betrachteten die Juden selbst, nicht aber das Judentum, als verachtenswert. „Sie richteten ihren Hass auf einen realen oder imaginären Juden: theoretisch untergeordnet, aber manchmal durchsetzungsfähig, ein unerbittlicher ‚innerer Feind‘“, erklärt der Historiker das Verhältnis zwischen Christen und Juden im Mittelalter.

Jude bleibt Jude – so die Meinung der Christen. Was folgte daraus? Christen waren fest davon überzeugt, dass Juden dauerhaft und physisch jüdisch blieben. Daher hätten sie gar nicht zum Christentum bekehrt werden können. Dies habe dazu geführt, dass Christen zunächst aus religiösen Gründen die Juden hassten und schließlich aus rassistischen Gründen, so Marcus' Schlussfolgerung. Eine wichtige Erkenntnis des Historikers ist, dass selbst als die Juden nicht mehr unter den Christen lebten, eben weil sie vertrieben oder ausgewiesen worden waren, sie dennoch bei ihren ehemaligen christlichen Nachbarn präsent blieben. Marcus spricht hier von „imaginären Juden“ und verweist auf mehrere englische Dramen, die bis heute als Klassiker auf den Bühnen präsent sind.

Jüdische Kinder im Schulunterricht – Miniatur aus einer mittelalterlichen Geschichte des Judentums. Foto: Imago/Kena Images

William Shakespeare (1564–1616) etwa hat mit der Figur des Shylock in seinem Drama „Der Kaufmann von Venedig“ (Ende des 16. Jahrhunderts) die Figur des unbarmherzigen jüdischen

Geldverleihers über Jahrhunderte geprägt. Aber: Shakespeare konnte keine Juden kennen, weil diese bereits 1290 aus England vertrieben worden waren. Nach Meinung des Historikers war Shakespeares Shylock ein „imaginiertes Judentum“, das wenig bis gar nichts gemein hatte mit jüdischen Menschen des Mittelalters und der Frühen Neuzeit. Sein Fazit: Der moderne Antisemitismus, der sich auf die Vorstellung vom mächtigen und die Welt beherrschenden Juden stützt, ist eine Weiterentwicklung dieses mittelalterlichen Hasses. Dieser sei durch die Asymmetrie gekennzeichnet, dass die Juden das Christentum, aber nicht die Christen hassten, während die Christen die Juden, aber nicht das Judentum verabscheuten. So sei es möglich geworden, dass Juden zuerst aus religiösen, später aus rassistischen Gründen gehasst wurden. Denn es sei um die Juden gegangen, fasst der Historiker zusammen, um die Menschen, nicht um die Religion.

US-Antisemitismus recycelt die alten Muster. Zum Schluss seiner Abhandlung äußert Marcus seine Sorge über den gegenwärtigen Antisemitismus in den USA, wie er von Nativisten geäußert werde, einer der politischen Bewegungen, die für die Rechte der im Lande geborenen nationalen Mehrheit und gegen die Zuwanderung Fremder und die Ansprüche einer fremden Minderheit kämpft. Ähnlich äußern sich Vertreter der White Supremacy (Weiße Überlegenheit).

Bei beiden Ideologien sieht Marcus Muster gegeben, wie sie bereits im Mittelalter vorhanden waren: Juden als der innere Feind, als nicht ausreichend unterwürfig gegenüber der weißen, christlichen Mehrheitsgesellschaft und als Rasse, da ein Jude immer ein Jude bleibe. Es gebe jeden Grund, besorgt zu sein, dass postmoderne Formen des Nationalismus und des Nativismus die mittelalterlichen Strukturen des Antisemitismus recyceln würden, wie sie zuerst im christlichen Europa entwickelt wurden.

Ivan G. Marcus, *How the West Became Antisemitic: Jews and the Formation of Europe, 800–1500*, Princeton University Press, Princeton 2024, 384 Seiten.

(kna HG 15.08.2024)

- **Der Repräsentant des deutschen Judentums und ein Wortführer des liberalen Islams treffen sich und reden über interkulturelles Miteinander.** Das verspricht zwar wenig Kontroverse, aber Einblicke aus verschiedenen Richtungen. **Von Christoph Schmidt**  
Ahmad Mansour und Josef Schuster stammen aus gegensätzlichen Welten und haben doch vieles gemeinsam. Beide wurden in Israel geboren und prägen heute die gesellschaftliche Debatte in Deutschland mit. Beide stehen rund um die Uhr unter Polizeischutz: Für Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, gehört das quasi zum „Berufsprofil“; der palästinensischstämmige Islamismus-Experte Mansour ist eine zentrale Hassfigur der radikal-islamischen Szene. Die Beamten, die ihn seit acht Jahren begleiten, seien inzwischen Teil seiner Familie, erzählt er gleich zu Beginn des im Verlag Herder erschienenen Gesprächsbands „Spannungsfelder: Leben in Deutschland“.

Das Buch dokumentiert den Austausch zwischen Schuster und Mansour bei vier Begegnungen im Juli, September und November 2023 sowie im Juni 2024, also jeweils zwei vor und nach dem Terrorangriff der Hamas und dem Beginn des Gaza-Kriegs. So wird deutlich, wie tief die Eskalation auf den obersten jüdischen Repräsentanten in Deutschland und den liberalen Muslim eingewirkt haben. „Das sind die schwersten Wochen meines Lebens“, bekennt Mansour rund einen Monat nach der Eskalation. Die Hassmails gegen ihn, der sich klar gegen die Hamas erklärt, haben da noch einmal zugenommen. „Vor allem auch als Araber, als Muslim als Verräter dargestellt zu werden, ist nicht einfach.“ Viele arabische Freunde habe er inzwischen verloren.

Schuster beklagt im November-Gespräch, dass die proisraelische Meinung in der Bevölkerung kippe. Auf deutschen Straßen tobten sich da gerade antisemitische Aggressionen nicht nur von Muslimen aus. Muslimischen Verbänden wirft er Hasspropaganda vor. Noch schwerer wiegt sein Urteil über Teile der deutschen Öffentlichkeit. So höre er zu den jüdenfeindlichen Protesten nur „dröhnendes Schweigen der meisten Kultureinrichtungen“ und vermisse abschreckende Strafen der Justiz gegen die Täter.

Schusters Eltern kehrten 1956, zwei Jahre nach seiner Geburt in Haifa, zurück nach Würzburg. Mansour kam 1976 als arabischer Israeli zur Welt und 2004 zum Studium nach Berlin. Immer wieder wechseln die von der Journalistin Shelly Kupferberg moderierten Gespräche zwischen der Lage in Nahost und der gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Es geht um das Ankommen in einem zunächst fremden Land, um Probleme der gegenwärtigen Migrationspolitik, um deutsche Erinnerungskultur und den Aufstieg des Rechtspopulismus, um Fragen von Schuld und Versöhnung.

Beide Diskutanten sprechen vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen Familientraumata: Schuster als Nachfahre von Holocaustüberlebenden, die vor der lebensrettenden Ausreise nach Palästina in Dachau und Buchenwald inhaftiert waren; Mansours Familiengeschichte wiederum ist geprägt von der Vertreibung durch die Israelis 1948, was zunächst auch ihn zum Antisemiten und Anhänger der radikalen Muslimbruderschaft machte. Bis Begegnungen und schließlich Freundschaften mit Jüdinnen und Juden ihn zweifeln ließen und seine Sicht auf das Gegenüber veränderten. Für den Autor und Psychologen, der unter anderem Präventionsprojekte mit Jugendlichen leitet, liegt in solchen Begegnungen der Schlüssel: „Ich merke, dass nicht jeder, der irgendwie antisemitisch sozialisiert wurde, auch antisemitisch bleiben muss.“ Schuster zweifelt ebenfalls - jedoch an den Zukunftsperspektiven für Juden in Deutschland, angesichts hoher Umfragewerte für die AfD und eines wachsenden Judenhasse unter Muslimen. Der Koffer sei zwar weiterhin ausgepackt, „man schaut aber schon mal wieder, wo der leere Koffer eigentlich steht für den Fall der Fälle“.

Echte Kontroversen liefert das Buch nicht. Schuster und Mansour sind sich über die jeweiligen „Spannungsfelder“ weitgehend einig. Beide sehen die illegale Einwanderung Hunderttausender Muslime kritisch, fordern im Nahostkonflikt eine Zwei-Staaten-Lösung oder halten die deutsche Erinnerungskultur als Mittel gegen Antisemitismus nur für bedingt tauglich. Dafür zeigt der Band Linien auf, an denen Juden und Muslime sich treffen können – sinnvoll in einer Zeit, in der das Dialogklima zwischen beiden Seiten vergifteter erscheint denn je.

„Spannungsfelder: Leben in Deutschland“, von Ahmad Mansour, Josef Schuster und Shelly Kupferberg. Verlag Herder, Freiburg, 176 Seiten. (kna HG 19.09.2024)

- **Vor fast sechs Jahren starb der israelische Schriftsteller Amos Oz, der immer wieder für den Nobelpreis im Spiel war. Nun ist die erste Biografie erschienen – geschrieben von einem Literaturwissenschaftler und Freund.** *Von Leticia Witte*

Er war einer der prägendsten Schriftsteller Israels: Amos Oz. Lange wurde er für den Literaturnobelpreis gehandelt, den er schließlich nicht bekam. Vor fast sechs Jahren, am 28. Dezember 2018, starb Amos Oz. Am 23. September erschien die erste Biografie über den Autor und Friedensaktivisten in dem zu Suhrkamp gehörenden Jüdischen Verlag. Sie trägt den Titel „Amos Oz - Autor, Friedensaktivist, Ikone“, geschrieben von dem US-Literaturwissenschaftler Robert Alter. Er macht gleich zu Beginn klar, dass er das Buch auch als Freund von Oz, geboren am 4. Mai 1939, geschrieben habe. Zugleich betont Alter, um Distanz bemüht zu sein: „Angesichts unserer persönlichen Verbindung fühlte ich mich an einigen Punkten beim Schreiben veranlasst, ein gewisses Maß an Diskretion zu wahren. Dennoch habe ich so offen über Amos' Leben gesprochen, dass ein oder zwei Bemerkungen oder Bewertungen für die Familie Oz unangenehm sein könnten.“

Alters Buch widmet sich Oz' Herkunft aus der Gelehrtenfamilie Klausner, dem beengten Leben seiner Kindheit in Jerusalem, seinem Umzug in den Kibbuz Hulda allein als Vierzehnjähriger, dem Schreiben als anerkannter Autor, der bis zu einem Wohnortwechsel sein Einkommen dem Kibbuz zur Verfügung stellte, der Änderung des Familiennamens von Klausner in Oz („Stärke“), dem Militär, der Wüste, Sexualität, dem Gründen einer Familie mit seiner Ehefrau Nily. Breiten Raum in der Biografie nimmt der Roman „Eine Geschichte von Liebe und Finsternis“ ein, der laut Alter in etwa 45 Sprachen übersetzt wurde. Es ist Oz' Geschichte und die seiner Familie in Jerusalem. Die Stadt hat der Schriftsteller als Kind vor der Staatsgründung 1948 erlebt. Oz schreibt darin auch über den Suizid seiner Mutter, als er zwölf Jahre alt war. Etwas, über das der Schriftsteller sehr lange geschwiegen hatte und das

ihn bis an sein Lebensende verfolgte, wie Alter darlegt. Geprägt hat der Suizid Alter zufolge nicht nur Oz' Leben, sondern auch seine schriftstellerische Arbeit. Bis zuletzt habe ihn ein tiefer Schmerz angesichts des plötzlichen Verlassen-Werdens durch die Mutter verfolgt, so habe Oz es empfunden.

Ein anderer viel beachteter Roman ist „Judas“, der auch zugleich sein letzter war – kurz nach Beendigung dieses Buches erhielt Oz die Krebsdiagnose, so Alter. Schauplatz ist das Jerusalem der späten 1950er Jahre. Am faszinierendsten sei für ihn in dem Buch die Auseinandersetzung mit ideologischen Konflikten, schreibt Alter. Oz stand politisch links und setzte sich für eine Aussöhnung mit den Palästinensern auf friedlichem Wege ein. Zudem war er ein Verfechter der Zwei-Staaten-Lösung. Einer der Protagonisten in „Judas“ versucht, zu belegen, dass Judas der treueste Anhänger Jesu war – und nicht der Verräter, als der er allgemein bewertet wird. Die Romanfigur beschreibe ihn als jemanden, der voller Hingabe an Jesus als Messias glaube, und der, indem er vom Kreuz herabsteigen würde, so „seine göttliche Natur der gesamten Menschheit“ offenbaren könne, erklärt Alter. Da das Wunder ausblieb – Jesus stirbt gemäß der biblischen Überlieferung am Kreuz, um die Menschen zu erlösen, woran sich die Auferstehung anschließt, Kern des christlichen Glaubens – sei Judas verzweifelt gewesen und habe sich selbst getötet. Die Frage, ob jemand ein Verräter ist, überträgt Oz auf andere Bereiche des Lebens.

Alters Biografie ist fesselnd, was auch mit seiner Doppelrolle als Biograf und Freund zu tun hat; mitunter etwas weitschweifend in der Betrachtung des Suizids der Mutter oder beim Thema Sexualität. Alters Fazit zu Amos Oz lautet, dass er eine vielschichtige Persönlichkeit gewesen sei. „In mancher Hinsicht entsprach er nicht der Person, für die man ihn hielt.“ Oz habe ein Werk hinterlassen, „mit dem sich eine breite Leserschaft intensiv auseinandergesetzt hat, zunächst in seinem eigenen Land und dann auch auf der ganzen Welt“.

Robert Alter, „Amos Oz – Autor, Friedensaktivist, Ikone“, Jüdischer Verlag, Berlin, 2024, 222 Seiten, ISBN 978-3-633-54334-2, 26 Euro. (kna HG 26.09.2024)